

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei vierteljährlicher
Abrechnung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.
rückwärts, Zustellungsgebühr, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Um
amlich, Zeitungspreisliste unter:
E. C. A. Zeitung eingetroffen. Sie
unterliegen eingegangenen Mon-
atspreisen mit keine Gewähr über-
nehmen. Nachdruck mit der
Zweckentfremdung, C. A. Zeitung ge-
boten. Ferner der Schriftleitung, Nr.
140, der Anzeigen-Abt., Nr. 11, 3
S. 7411, der Bezugs-Abt., Nr. 1133.

Anzeigenpreise:
Die 8 gefaltene 34 mm breite Mi-
llimeter-Karte in der Größe 60 Pf.,
Somit lennontagen 40 Pf., Resttagen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle, unter:
Anzeige-Anstalt, Erfüllungsort:
Halle. Erhalten täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schließung am Samstag-
Abend 6 Uhr. Halle, unter:
Abt. 14, 67. Druckhaus, 17,
Haben - Geschäftsstellen: Große
Königsstr. 52 und Markt 24,
Postfach-Rositz Leipzig Nr. 4000.

Soziale-Zeitung

Zierundfünfzigster Jahrgang.

Eine Ernährungsdebatte im Reichswirtschaftsrat.

Sozialisierungsfragen in der preußischen Landesversammlung.

Die Rede des Abg. Delius zu den Beamtenfragen.

Aus bestimmten Gründen darf man annehmen, daß die finanzpolitische Lage der Reichsregierung durch den Krieg nicht nur in einem Maße verschlechtert worden ist, als es zunächst den Anschein zu haben scheint, sondern daß die Lage durch den Krieg in einem Maße verschlechtert worden ist, als es zunächst den Anschein zu haben scheint, und daß die Lage durch den Krieg in einem Maße verschlechtert worden ist, als es zunächst den Anschein zu haben scheint.

Die Lage der Reichsregierung durch den Krieg in einem Maße verschlechtert worden ist, als es zunächst den Anschein zu haben scheint, und daß die Lage durch den Krieg in einem Maße verschlechtert worden ist, als es zunächst den Anschein zu haben scheint, und daß die Lage durch den Krieg in einem Maße verschlechtert worden ist, als es zunächst den Anschein zu haben scheint.

Blidlich ist der Antrag aber undurchführbar. (Wieder-
spruch bei den b. u. L. Sog.)

Er würde allein für die Teuerungszulage 17 Milliarden
ausmachen und weit über das hinausgehen, was die
Beamten selbst glauben (oder zu können). Die Herren
sind ja selbst von der gegenwärtigen Durchführung nicht
überzeugt. Daß die Beamten mit dem Ziel: des Haupt-
ausgleiches nicht zufrieden sind, ist bekannt. Wir selbst
müssen ohne weiteres zugeben, daß damit den Beamten nicht
geholfen ist, aber die Bedürfnisse erhalten etwas, nachdem
ein anderer Weg nicht möglich war. Danach fordern
wir in unserem Antrag die Auszahlung der
Mehrbeiträge, die sich aus Anlaß der anderweitigen
Ortsklasseneinteilung ergeben. Danach muß in
ganz besonderen Fällen aus den zu erhöhenden Fonds ohne
Bürdenaufschlag gedeckt werden.

Zum Schluß richtete der Redner ermahrende Worte an
die Beamten. Die Großorganisationen haben sich die er-
forderliche Mühe gegeben, die Beamten immer wieder zur
Vernunft zu bringen. Wenn ihnen dies nur zum Teil ge-
lungen ist, so liegt das daran, daß sich Leute zu Führern be-
rufen fühlen, die nicht die geringsten Vorkenntnisse be-
sitzen. Die Beamten müssen sich bemühen, daß sie mit
ihrem Staat auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Was
soll man z. B. dazu sagen, wenn in jüdischen Städten die
Forderung aufgestellt wird, den Zinsfuß einzustellen, um
die Forderung der Beamten zu erfüllen. Das würde natü-
rlich zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft führen,
wobei die Beamten in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen
würden. Die Regierung aber muß die Verhältnisse mehr
Ruhe und Besonnenheit bringen. Kommt meiner Freunde
glaube ich sagen zu können, daß wir keine Lust haben,
eine solche gegen die Beamten, die sich gegen ihre Pflicht
vergehen sollten. Wir werden weiterhin, daß die Regierung
Mittel und Wege in der Hand hat, um solchen Vorgehen
wirksam entgegenzutreten zu können. Wir wünschen, daß in
verhältnismäßigem Maße gefunden wird. Selbstverständlich ist
mit dem, was den Beamten gegeben werden soll, die Not der
Beamten nicht befreit. Das wissen wir, und das weiß
auch die Regierung, die den wirtschaftlichen Verhältnissen der
Beamten größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen muß.
Unser Zusatzauftrag muß sein, im Rahmen unserer be-
schriebenen Mittel beizutragen zu sein, den Beamten einig-
maßen auskömmliches Leben zu gewährleisten, wie es die
anderen den Beamten sozial am leichtesten möglich zu
haben. Die schwierigste Aufgabe, hier Ordnung zu schaffen,
wird gelöst werden. Dazu ist es notwendig, daß auch die
Rechte die Regierung in einer vernünftigen Steuerpolitik
unterstützt. Es hat keinen Zweck, Forderungen zu erheben,
wenn man gleichzeitig die Mittel verweigert.

Schöne eine juristische Beamtenchaft ist ein Wieder-
aufbau unmöglich. Aber die Beamten müssen sich bei allen
Schritten überlegen, welche schwereren Folgen ent-
stehen, wenn sie jetzt durch unüberlegte Maßnahmen den
Gesamt Zusammenbruch bringen. — Der Redner wußte
daher entschieden den gegen die Besoldungsänderungen
müssen erheben, worin, die habe eine Verpflichtungs-
pflicht betriebl. zurück, und weist darauf hin, daß die Be-
amtenorganisation die sachgemäße und hingebende Arbeit
der Kommission anerkannt haben. Wir hoffen, legt er, daß
die Besoldungsordnung auch die berechtigten Wünsche an der
allgemeinen Volkswirtschaft gemessen berücksichtigen werden.
(Wiederpruf und Beifall von den Tribünen. Der Präsi-
dent rügt diese Redegebung und droht im Wiederholungs-
falle Räumung der Tribünen an.) Gewiß, viele berechtigete
Wünsche sind leider nicht erfüllt. Wir bedauern es. Was
wir in der Kommission aber geleistet haben, das wird sich
schon selbst zeigen. Auch die Beamten werden bei objek-
tiver Beurteilung das Geleistete anerkennen müssen. Die
Regierung aber tue sich zu schnellem Handeln an, damit die
berechtigten Wünsche der Beamten auch weiterhin erfüllt
werden. (Beifall der Tribüne.)

Die Rheinlandreisen der Minister.

Berlin, 11. Dez. Wie wir hören, hat die ameri-
kanische Regierung sich an dem Schritt der drei Belastungs-
minister wegen der Rheinlandreisen der Minister offiziell
nicht beteiligt. Eine solche Beteiligung war schon aus dem
Grunde nicht möglich, weil die Vereinigten Staaten amtlich
hier nicht vertreten sind. Es hat nur eine inoffizielle De-
klaration stattgefunden.

Dr. Hainischs Programm.

In der Donnerstag - Bundesversammlung in Wien er-
stlich der neugewählte Bundespräsident Dr. Hainisch, von
sämtlichen Mitgliedern der Bundesregierung feierlich emp-
fangen, im Saale und leistete auf Anforderung des Vorsitzenden
das feierliche Gelübde auf die Verfassung.
In einer Begrüßungsansprache an den Bundespräsidenten
betonte Präsident Hainisch, es ist die wichtigste,
dringlichste Aufgabe der Republik, die Sympathien der frem-
den Staaten und Völker zu gewinnen und die letzten ge-
wonnenen Sympathien zu befestigen. Die Amtsführung des
Bundespräsidenten werde hierbei dazu beitragen. Lieses für
Österreichs Lebenszielgen so notwendig, ja unerlässlich.

Kapital internationalen Vertrauens zu mehren. Nach jama-
gete als unentwärbare oberer Grundbesitz des Verfassungs-
gesetzes: Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr
Recht geht vom Volke aus. Der Präsident schloß seine An-
sprache mit dem Rufe: Es lebe die Republik!

Nach Schluß der Bundesversammlung fand ein Empfang
der Regierung und der Mitglieder der Bundesversammlung
durch den neugewählten Bundespräsidenten, Dr. Hainisch
statt, welcher in Erwidrerung auf eine Begrüßungsansprache
des Bundeskanzlers Hainisch seine persönliche Eingabe an die
Republik und seine Liebe zu dem deutschen Volke be-
tonte. Er gehörte keiner politischen Partei an, doch ver-
traute ihn jeder gemeinsame Ideen mit Mitgliedern
der drei großen Gruppen des Bundes. Er werde seine Auf-
gabe darin erblicken, die Gegensätze auszugleichen und zu
mildern. „Wir befinden uns“, sagte der Präsi-
dent, „in einer geradezu verzweifelt Lage. Der Friede von
St. Germain hat Millionen unserer Staatsangehörigen
aus dem getrennt. Selbst aus dem geschlossenen Sprachgebiete
haben wir wichtige Lebensnotwendigkeiten verloren. Ich
glaube, daß die Wähler, die diese unsere Lage gesehen haben,
nun auch die moralische Verpflichtung haben, uns zu helfen.
Gewiß empfinden wir es dankbar, daß
auch dem Gebiete der Wohlfahrt eine Kulturfolger uns zu
hilfe eilt. Das allein aber kann uns dauernd nicht helfen.
Die heutige Zeit birgt schwere Gefahren in sich. Wir werden
hoffentlich die schwere Krise überleben.“

Vom Völkerbund.

Genf, 10. Dez. Die fünfte Kommission hat beschlossen,
sich um die Möglichkeit zu bemühen, an den technischen Orga-
nisationen des Völkerbundes teilzunehmen.
Genf, 10. Dez. Der Völkerbund ernannte den Direktor
des Verkehrs- und Transmissionsbüros zum Ober-
kommissar des Völkerbundes in Genf.

Die Lage in Irland.

London, 11. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) In den
letzten zwei Tagen scheint sich die Lage in Irland etwas ge-
bessert zu haben. Es verläutet, daß Vertreter der Regierung und
Vertreter von Sinn-Feldern jetzt eingehaltene Besprechungen mit-
einander gehabt haben, die darauf hinauslaufen, einen Friede-
schluß herbeizuführen. In gutunterrichteten politischen
Kreisen ist man der Ansicht, daß ein solcher Friedensschluß
jetzt bevor man sich zu einer Konvention über die irische Frage
zusammenfindet. Zwei Punkte treten in der letzten Regierungser-
klärung eingehend in den Vordergrund und man muß sie beide gut
verstehen, wenn man die irischen Fragen überhaupt begreifen will.
Zumächst soll eine unausgeglichen irische Republik nicht
kommen. Weiter soll den irischen Wählern keine Umwälzung
genützt werden. Evening Standard sagt zu dem letzteren
Punkte: Es ist keine Umwälzung möglich für die Leute, die verant-
wortlich sind für den Tod von 689 Soldaten, Polizeibeamten und
Bürgern vom 1. Januar 1919 bis zu diesem Tage. Das heißt, was
diese Leute tun können, ist, so schnell wie möglich aus Irland zu
verschwinden, wenn sie dazu imstande sind. Es verdient auch Auf-
merksamkeit, daß die Regierung auf dem Homegesetz besteht.
Diese Maßregel soll, so nimmt man an, die Grundlage für jede
künftige Besprechung abgeben. Man glaubt ferner, daß Irland Ge-
rechtigkeit ist, größtmögliche Konzessionen zu gewähren, sobald eine
sichere Bürgerhaft erreicht wird, daß dies, wenn man es ver-
handelt, auch wirklich im Namen von ganz Irland freude. Die
gemäßigte Richtung beginnt sich in Irland immer mehr durchzu-
setzen. Das geht auch daraus hervor, daß in den letzten Wochen
eine merkliche Verminderung der Überfälle eingetreten ist.
Wie in London politischen Kreisen verläutet, wird die irische
Lage Georgs nach dem wahrscheinlich aufgegeben werden
müssen. Die irische Frage ist augenblicklich so akut geworden und
nimmt das gesamte Kabinett so in Anspruch, daß eine Reise Lord
Georges augenblicklich nicht in Frage kommen kann.

Die Kommunistenverhaftungen in Italien.

Rom, 11. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) In höchsten po-
litischen Kreisen verläutet, daß die italienische Regierung die ver-
hafteten ungarischen Kommunisten, darunter die Gattin Wela
Kluntz, nicht auslösen wird. Wahrscheinlich wird die Regierung
die Verhafteten ausfinden, Italien binnen einer kurzen Zeit zu
verlassen.

Der Druck auf Griechenland.

Athen, 11. Dez. Der französische Gesandte hat dem
Noten der französischen Regierung übergeben, die ankündigt,
daß Frankreich im Fall der Wiedereinleitung König Konstantin
sich für weitere finanzielle Unterstützung für Griechenland
nicht interessiert.
„Savas“ meldet, daß der griechische Ministerpräsident
Papilius das Telegramm an den König, das ihn nach
Griechenland zurückruft, noch nicht abgelehnt hat.

Eine russische Warnung an England wegen Batum.

Der russische Volkskommissar des Aussenhandels an Lord Curzon folgendes Zitat: Die russische Regierung protestiert gegen die englische Besetzung von Batum, die unter dem Vorwand geschieht, daß die Stadt bedroht sei. Batum ist nur von den Entente-Truppen bedroht. Wenn die englische Regierung behauptet, daß Batums Sicherheit durch die russische Sowjetrepublik bedroht ist, so geht daraus hervor, daß sie von den wahren Verhältnissen im Kaukasus keine Ahnung hat, also nicht einmal weiß, daß seit dem 7. Mai zwischen Sowjetrußland und Georgien ein Vertrag abgeschlossen wurde. Die Sowjetregierung war die erste, die Georgiens Selbständigkeit anerkannte, das haben die Entente-Mächte bis zum heutigen Tage nicht getan. Sowjetrußlands Politik im nahen Osten bedeutet, einer jeden Nation dort die Möglichkeit zu schaffen, über sich selbst zu bestimmen. Eine feindselige Besetzung von Batum bedeutet eine Verletzung des Vertrages und wird der russischen Regierung gewiß nicht gleichgültig sein. Sowjetrußland hält fest an der Selbständigkeit Georgiens und wird die Kränkung der Souveränitätsrechte dieses Staates und die Verletzung der von Batum niemals gestatten.

Republik Russlands. Nach Meldungen aus Karam ist Bela Kunder, der ehemalige Kriegsminister im Kabinett des Grafen Karolyni und jetzige Kriegsminister des von den Südländern besetzten Russlands, auf Grund seiner Verhandlungen mit der Besatzungsregierung zu dem Entschluß gekommen, Russlands mit seiner an Rohstoffen reichen Umgebung zur selbständigen Republik auszurufen. Die Republik Russlands soll unter dem Namen Südrussland stehen. Im Falle eines ungarischen Überfalls übernimmt Südrussland die Verpflichtung, den neuen Republik militärischen Schutz und Beistand zu leisten.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Sitzung vom 11. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt **Ab. Kuhn**, Vertreter der Gastwirte, Einpruch gegen die Schließung der Berliner Hotels. Die Behörden sollten zunächst bei den Wirten anfragen, die Schließung ablehnen, nicht aber bei den Gastwirten, die das Fleisch weiter verarbeiten.

Ernährungsfragen.

Staatssekretär Dr. August Müller berichtet über die Beschlüsse des Unterausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Der Ausschuss hat die Aufhebung der Zwangsverpflichtung beantragt, außerorts erhalten soll sie werden für Getreide und Futter bis zum Herbst 1921. Der Ausschuss hält auch die Freigabe der Zuckerrüben für geboten. Eigentlich hat sich die Zwangsverpflichtung selbst aufgehoben. Unsere Brotversorgung erscheint gefährdet. Auf größere Erträge außer der heimischen Landwirtschaft kann man nicht rechnen. Der Redner bespricht sodann die Tüchtigkeitsfrage, die auch von großer Bedeutung ist.

Dr. Knefelde über die Ernährungsprobleme kommen wir nur hinweg, wenn wir uns bemühen, Verfassungen für die Produktionsregelung zu gewinnen, wir müssen in einem Ausmaß kommen. Der Anbau muß einen bestimmten Teil seiner Produkte zur Ernährung seines Viehes behalten. Die Landwirte sind ihrer Ablieferungsspflicht durchaus nachzukommen. Die Preise müssen den gesteigerten Produktionskosten eingepreist sein. Wenn unser Viehbestand nicht aufrechterhalten wird, dann geht die Landwirtschaft zugrunde. Das beste Mittel gegen den Mangel ist die Erhöhung der Produktion.

Reichsernährungsminister Hermes: Die Arbeiten des Ausschusses haben wertvolles Material für die Entscheidung der Regierung geliefert. Ich hoffe, daß wir auch in Zukunft fruchtbringend zusammenarbeiten können. Im Abbau der Zwangsverpflichtung ist jetzt eine notwendige Pause eingetreten, beim Brotgetreide, Milch und Zucker kann eine weitere Lockerung nicht eintreten. Zu einer totalen Freigabe der Brotgetreide-Lieferung ist keine Veranlassung. Sie ist nicht unangünstiger als im Vorjahr. Für eine Steigerung der Ablieferung wird gefordert. Der Mangel an Stroh kann noch nicht in Aussicht gestellt werden. Die Landwirte sollten alles tun, um sie im Kampf gegen unlaubere Elemente auf allen Gebieten zu unterstützen.

Präsident des Reichsgesetzgebungs-Rates: Die Getreideernte ist hinter den Erwartungen weit zurückgeblieben. Die Ablieferung ist schwächer geworden. Wegen hässlicher Jurisdiktion soll mit strengeren Mitteln eingeschritten werden. Uns kann der Überdruß, der in den Exportländern über 20 Millionen Tonnen beträgt, wenig helfen, wenn wir nicht die Zahlungsmittel für seine Einfuhr haben.

Herr Stinnes: Die Regierung soll sich ausschließlich auf Maßnahmen beschränken, die praktisch wirksam sind, das müßte noch vor Weihnachten geschehen. Im Deutschen Reich darf eine Zinsanz, auch der Finanzminister, nicht, die Maßnahmen hindern. In den leidenden Ländern erkennt man mehr und mehr, daß man die 300 Millionen Europäer nicht verhungern lassen kann.

Herr Westphal (Kommunisten): Die Kommunalverbände, die ihre Ablieferungsleistung nicht erfüllen, müssen an den Pranger gestellt werden.

Herr Lohmann (Arbeitnehmer): Die rheinischen Bauern haben ihrer Pflicht nicht getan, sie haben sich gesund gemacht. Die Regierung wird abgelehnt.

Reichswirtschaftsminister Schulz teilt mit, daß er bereit sei, in der nächsten Zeit die Inzinerpation Bernhard über die Zwangsangelegenheit zu beantworten.

Nächste Sitzung Montag, 3 Uhr nachmittags. Anträgen, Fortsetzung der Ernährungsaussprache, Interpellation Bernhard, Anträge.

Preussische Landesversammlung.

124. Sitzung. Sonnabend, 11. Dezember, 11 Uhr vormittags.

Zu Beginn der Sitzung entnimmt sich eine lange Geschäftsordnungsdiskussion über die Frage, ob der Gesetzentwurf betreffend die Grundbesitzersteuer mit Rücksicht auf den demokratischen Parteien als abgelehnt werden soll oder nicht.

Abg. Ruer (Dem.) beantragt Ablehnung von der Tagesordnung. Der Antrag wird von den bürgerlichen Parteien gegen die Mitte angenommen. (Stürmische Proteste links.)

Der Gesetzentwurf über das Gemeindegewerbe in Belgoland, durch den die Einzelgewerbe nach Landkreisen geschützt werden sollen, steht zur zweiten und dritten Beratung.

Abg. Anshuf (U. S.) erklärt sich für die Ablehnung, da für Belgoland kein Ausnahmerecht gewährt werden könne.

Abg. Breuer (Soz.) Der Belgoländervertrag mit England von 1890 ist durch den Vertrag hinwiegend geworden. Die Belgoländer werden sich nicht mehr auf ihn stützen. Die Bestimmungen, die Landkreise in die Kategorie des Gewerbes in englische Kategorien übergehen, sind unangenehm.

In der Abstimmung wird sodann der Entwurf im einzelnen wie im ganzen in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Antrag Westphal auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Veränderung des Staatsjudenbesetzungsstatuts wird ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen.

Bei der Weiterberatung des

Hausbaus, der Berg-, Sägen- und Sägenverwaltung

erklärt **Abg. Altan (Komm.)** Wie können dem Gesetzentwurf über die Aufhebung von Einwohnern nur zustimmen, wenn dem Antrag entgegengetreten wird, an die Stelle des Privatkapitals kommunale Verbände treten zu lassen. Der Kapitalismus kann nur im Stadium seiner Schwäche bezwungen werden. Gehen wir nach dem Beispiel der Reichsministerien am Wiederbau, so können wir den Kapitalismus und machen uns unsere Aufgabe umständlich. Die Idee der Kleinrenten ist ein unüberwindliches Hindernis. Die organisierte Macht der Arbeiter muß den Kapitalismus der Bergwerke entreißen, wenn es sein muß auch mit Maschinenwaffen. Gegen Schulz seiner Ausführungen wird der Redner sodann durch stürmische Laute unterbrochen.

Der Etat wird nunmehr angenommen. Desgleichen die dazu gehörigen Anträge Sagemann und Porck. Die anderen Anträge gehen an den Sonderausschuß. Der Gesetzentwurf über

die Aufhebung von Steinkohlen

wird dann in zweiter Lesung genehmigt.

In der dritten Lesung erklärt **Abg. Schulz** die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der zweiten Lesung für eine Herausforderung der deutschen Arbeiterklasse. Schuld daran sind die Kommunisten. Das Verhalten der reichlichen Staatsregierung deutet darauf hin, daß sie die Beschlüsse der Reichsregierung ablehnen will. Die in der Annahme dieses Entwurfs liegende Politik treibt eine Katastrophe zu. Die Soziallieferung der Arbeiter ist eine unüberwindliche Schwierigkeit, wird sie abgelehnt, so werden die Kapitalisten nicht mehr auf die Mittel der Arbeiterklasse beim Wiederbau rechnen können. Redner

schließt mit einem Appell an die Unternehmer, den brutalen Sozialismus hinter die Interessen der Arbeiter zu stellen zu unterstützen zu lassen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß von einem Schluß ins Gebiet der Arbeit erreicht sein kann. Das Eigentum werde ja dem Staat übertragen, der je mehr, als an dritte Personen verpackt, während der Abg. Die nur die Verhandlung an Gemeinden zulassen will.

Abg. Wulff (Ztr.): Die Arbeiter, um die es sich hier handelt, sind so klein, daß überhaupt erst ihre Zustimmung zu erreichen ist, um den Preis lobend zu gestalten.

Abg. Altan (Komm.): Die Mehrheitssozialdemokratie ist mit ihren Sozialierungsbestrebungen immer tiefer in die Abgründe und es beleiht seine Hoffnung, daß sie jemals die Hand zur Befreiung des Proletariats heben kann.

Abg. Westphal (D. W.): Unternehmerinitiative können wir nicht entbehren. Den wirtschaftlichen Sozialisieren einhergehenden Entwertung beschleunigen wir. Der Gemeindegewerbeentwurf in den Stimmenden Plänen sollte auch den Sozialdemokraten genehm sein.

Damit schließt die Verhandlung. Die Fortlage wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Linke in dritter Lesung angenommen.

Es folgt der

Etat der Fortsetzung.

Abg. Breuer (Soz.) wünscht, daß der moderne Geist der Republik auch in die Verwaltung einziehe. Die Verwaltung zu verwalten ist aber vielfach nicht an die Kolonialisten und ichen auch die Hinspielung von Arbeiterparteiern ab. Auch die Wahl zu den Betriebsräten wird von ihnen hintertrieben.

Abg. Neumann-Brosenberg (D. W.) beantragt seinen Antrag, den Oberpräsidenten in erweiterten Machtvollkommenheiten zu verwalten. Redner legt sich im weiteren für eine intensive Verwaltung der Provinzen und der hiesigen Reichskassen ein.

Abg. Rühl (Ztr.) leidet auf die Besatzungsfragen zu sprechen und beantragt, daß die Ministerien nach immer genehmigen sind. Daraus wird die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr nachmittags vertagt. Außerdem kleinere Vorlesungen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Drei Monate Gefängnis für den Leiter des **Öffener Reichsberufungsamtes**. Der Leiter der Erfüllungsabteilung des Reichsberufungsamtes, der ehemalige Rechtsanwalt Dr. Klein, dessen Verhaftung seinerzeit großes Aufsehen erregte, ist nun der Öffener Strafammer zu drei Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er für die von ihm herrührenden Forderungen hinsichtlich der Waren Reichsgeldgeber forderte, ob sich geben ließ. Von der Anklage der verächtlichen Erpressung wurde er freigesprochen.

Die Verhandlungen im Leipziger Metallarbeiterstreik, die auf Freitag vormittag angelegt waren, sind auf den 15. Dezember vertagt worden, weil der Metallarbeiterverband erklärte, daß die Zeit zu kurz bemessen sei.

Der Bergarbeiterstreik im **Zwischenrevier** hat sich auch auf das Revier **Jaueritz** Grund ausgedehnt. Das Elektrizitätswerk in Oelsnitz, das über 120 Orte des Erzgebirgs und Vogtlandes mit Strom versorgt, hat die Stromlieferung eingestellt, ebenso die **Lehrerbildungsanstalt** Obergrotz, durch die über 70 Gemeinden Strom erhalten.

Das neue sächsische Kabinett. Die gestrigen Versprechungen des Ministerpräsidenten Bud mit den Unabhängigen **Lipinski**, **Jacob** und **Höfner** haben zu dem Ergebnis geführt, daß nunmehr das Kabinett folgendermaßen zusammengesetzt ist: **Bud**; Ministerpräsident, **Wirtschaftsminister:** **Schwartz** (Soz.), **Kultusminister:** **Dr. Harntsch** (Soz.), **Ministerium des Innern:** **Lipinski** (U. S.), **Kultusminister:** **Höfner** (U. S.), **Arbeitsminister:** **Jacob** (U. S.), **Finanzminister:** **Heide** (Soz.).

Auslands-Rundschau.

Mißerfolg der Kommunisten in Prag. Das tschechoslowakische Pressebüro teilt mit: Der Versuch der Kommunisten, die Rückgabe des Prager Volkshauses an die

BIOX
reinhält den Mund biologisch durch Sauerstoff
ZAHNPASTA
löst Zahneinsteck
künstlich erfrischend.

D. A. W. K.

DEUTSCHER AUTOMOBIL KONZERN GMBH



DUX
PERSONENWAGEN



MAGIRUS
LASTKRAFTWAGEN



PRESTO
PERSONENWAGEN



VOMAG
LASTKRAFTWAGEN

DUX - MAGIRUS - PRESTO - VOMAG

LEIPZIG - TRÖNDLINGS